

AK Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz <https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205>

Nur per E-Mail an die Parteivorstände von

CDU: kgs@cdu-mainz.de

SPD: ub.mainz-stadt@spd.de

Bündnis 90 Grüne: [mail\(at\)gruene-mainz.de](mailto:mail(at)gruene-mainz.de)

FDP: info@fdp-mainz.de o o@fdp-mainz.de

Die Linke: info@dielinke-mz.de

ÖDP: mainzoedp-rlp.de

Piraten: kontakt@piraten-rlp.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Hinblick auf die am 26. Mai 2019 anstehenden Kommunalwahlen bitten wir Sie hiermit den folgenden, aus vier Fragen bestehenden Frage-Katalog an alle Ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl (Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat) weiterzuleiten, verbunden mit der Bitte, dass diese per E-Mail an folgende Adresse haugr@gmx.de uns bis zum

23. April 2019

ihre Antworten zukommen lassen.

Wir würden sodann die (nicht) erfolgten Antworten auswerten und in geeigneter Weise veröffentlichen. Hierfür bedanken uns im Voraus recht herzlich.

Freundliche Grüße

Roman Haug

co Arbeitskreis Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz <https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205>

Anlage: Frage-Katalog

[Frage-Katalog des AK Globalisierung und Kommunalpolitik von Attac Mainz https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205](https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1205)

Name der Kandidatin/ des Kandidaten: Manfred Bartl

Partei: DIE LINKE

Derzeitiger Listenplatz auf der Liste: 14

Frage 1: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Mainz künftig insbesondere in Fällen potentieller Wohnbebauung von ihrem im Baugesetzbuch (§§ 24 ff. BauGB) verankerten Vorkaufsrecht Gebrauch macht, oder hiervon lediglich gegen Auflagen Im Hinblick auf soziale und ökologische Standards, die der Investor zu erfüllen hat keinen Gebrauch macht?

Auf jeden Fall werde ich dies tun.

Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 2: Werden Sie sich aktiv dafür einsetzen, dass es zu keinerlei Privatisierung öffentlichen Raums in Mainz kommt?

- Auf jeden Fall werde ich dies tun.
- Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 3: Werden Sie sich aktiv für die Verabschiedung einer Transparenzsatzung der Stadt Mainz einsetzen, welche im Wesentlichen analog zum Transparenzgesetz RLP Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger schafft (Hinweis: Dabei würde es selbstverständlich auch genügen, dass eine solche Transparenzsatzung künftig die Möglichkeit einräumt als Holschuld entsprechende amtliche Informationen auf Anfrage zu erlangen, ohne dass hierdurch eine Bringschuld der Verwaltung mit dem entsprechenden administrativen Aufwand konstituiert würde)?

- Auf jeden Fall werde ich dies tun.
- Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Frage 4: Werden Sie sich nach dem Vorbild anderer Kommunen (z. B. Heidelberg, Gießen etc.) für die Verabschiedung einer kommunalen Satzung zur Herbeiführung tatsächlicher Bürgerbeteiligung einsetzen, die sich nicht (erneut) in bloßen Alibimaßnahmen erschöpft, sondern echte Entscheidungskompetenzen einräumt?

- Auf jeden Fall werde ich dies tun.
- Auf keinen Fall werde ich dies tun.

Sofern Sie zu den Fragen oder darüber hinaus noch Bemerkungen, Hinweise etc. formulieren möchten, bestünde an dieser Stelle hierfür ebenfalls noch Gelegenheit.

Mein Primärziel im Zusammenhang von Privatisierung, Bürger*innenbeteiligung und Daseinsvorsorge ist es, als Mitglied der künftigen LINKSFRAKTION im Mainzer Stadtrat und Schwarzfahrer für Gerechtigkeit in den Aufsichtsrat der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH „Mainzer Mobilität“ einzuziehen, um von dort aus für ein nach bisherigen Erfahrungen aus zehn Jahren Schwarzfahren für Gerechtigkeit unmögliches, aber aus Grundrechtsperspektive *umgehend* notwendiges menschenwürdiges **Sozialticket** zu sorgen. Darüber hinaus strebe ich als Mitglied des Mainzer Stadtrats den **Nulltarif im Nahverkehr** auch für die Verkehrsverbund Mainz-Wiesbaden GmbH (VMW) an und zwar, wenn dies unter den gegebenen Voraussetzungen unmöglich sein sollte, unter vorhergehender **vollständiger Rekommunalisierung** der Zentralen Beteiligungsgesellschaft Mainz mbH (ZBM), der Stadtwerke Mainz AG und der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH „Mainzer Mobilität“.

Von Privatisierungen von ohnehin schon dem Wohl der Allgemeinheit dienendem Gemeineigentum halte ich grundsätzlich nichts. Es wird daher eines meiner Ziele sein, die an den privaten Entsorger RMG Rohstoffmanagement GmbH verlorene Altglassammlung für die Stadt Mainz in Gestalt der natürlich weiterhin als Eigenbetrieb zu führenden Mainzer Entsorgungsbetriebe zurückzugewinnen.

Die Ausführungen zur fehlenden Bindung des – zugegebenermaßen soweit vorbildlichen – rheinland-pfälzischen Transparenzgesetzes für die Kommunen haben auch mich seinerzeit über alle Maßen verstimmt. Von daher bin ich sehr wohl nicht nur für eine eigenständige kommunale Transparenzsatzung, sondern auch für eine dementsprechende Bringschuld der Stadt Mainz, alle für den Einblick in Handlungsweisen und Entscheidungen der Verwaltung notwendigen Daten für ihre Bürger*innen offenlegen zu müssen.

In Sachen Wohnbebauung, Mietpreisdeckelung, Vorkaufsrecht und zur Not Enteignung wird mir die Stadt Berlin ein Vorbild sein.

Vielen Dank fürs Mitmachen!